

Der Bevölkerungszuwachs

Autor(en): **Fehlinger, H.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **29 (1937)**

Heft 10

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-352876>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

stitutionen wie die Autobahnen und dergleichen durchzuführen; andererseits subventioniert er mit diesen Kapitalien jene Wirtschaftszweige, an denen ihm im Interesse der Aufrüstung und der Rohstoffautarkie besonders viel gelegen ist. Zu einer Rückzahlung der aufgenommenen Kredite wird er höchstens in der Lage sein, wenn er kriegerische Eroberungen macht. Bis dahin wird er zu ihrer «Rückzahlung» immer neue freiwillige und Zwangsanleihen aufnehmen müssen.

Es besteht kaum ein Zweifel, dass Deutschland mit allen diesen Methoden seine Aufrüstung noch ein weites Stück fortsetzen kann. Italien hat mit ähnlichen Methoden den abessinischen Krieg, trotz Wirtschaftsboykott der Völkerbundsstaaten, finanzieren können. Immerhin lässt sich diese Methode der Aufrüstung auf Kosten der eigenen Volkskraft natürlich nicht bis ins Unendliche ausdehnen. Da die erzeugten Rüstungswerte im Frieden nicht den Anspruch erheben können, Produktionsmittel zu sein, ist alles in ihnen investierte Volksvermögen vorläufig völlig unproduktiv. Ueberdies hat auch die Herabsetzung des Lebensstandards der Volksmassen in faschistischen Staaten gewisse, wenn auch für Durchschnittsbürger demokratischer Staaten unvorstellbar weit gezogene Grenzen. Eine stetig und heftig steigende Misstimmung in Deutschland würde den Staat zum Ausweichen, vielleicht zum Einlenken zwingen.

Ausserdem führen die deutschen Aufrüstungsmethoden auf die Dauer zu einer argen Verschlechterung des Rekrutenmaterials. Es scheint, dass sich der Gesundheitszustand bei manchen Arbeiterkategorien mit besonders ungünstigen Arbeitsbedingungen bereits jetzt merklich verschlechtert hat. Es ist daher zu erwarten, dass die deutschen Militärbehörden in absehbarer Zeit selber darauf hinweisen werden, dass eine zu starke und zu plötzliche Senkung des Lebensstandards des Volkes dem deutschen potentiel de guerre mehr schadet als nützt. Denn trotz aller technischen Umwälzungen bleibt der Mensch auch heute noch der wichtigste Faktor der Kriegsführung.

Der Bevölkerungszuwachs.

Von H. F e h l i n g e r.

Volkszählung und Volksvermehrung eines Landes stehen in enger Beziehung zum gegenwärtigen und künftigen Angebot an Arbeitskräften, das wieder von Belang für die Gestaltung der Arbeitsbedingungen ist. Je grösser das Angebot auf dem Arbeitsmarkt ist, desto schwieriger wird es sein, die Lage der Arbeiterschaft zu verbessern und selbst Verschlechterungen abzuwehren. Die rasche Zunahme der Bevölkerung im 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts war den Arbeitgebern willkommen; sie gewährleistete

die Fortdauer des Zustroms neuer Kräfte in die Arbeitsplätze. Bis in die jüngste Zeit ist die Frage, ob die Aufnahmefähigkeit der Wirtschaft für den Bevölkerungszuwachs eine Grenze haben kann, kaum gestellt, geschweige denn beantwortet worden. Erst in den letzten Jahren ist offenbar geworden, dass es eine solche Grenze gibt und dass manche Länder sie auch bereits erreicht haben. Zeitweise vermehrte Arbeitslosigkeit ist im Bereich der kapitalistischen Wirtschaftsweise immer aufgetreten; der chronische Hochstand der Arbeitslosenziffern aber, den jetzt manche industriell hochentwickelte Staaten aufweisen, ist eine neue Erscheinung. In Grossbritannien zum Beispiel gibt es trotz der Aufrüstungskonjunktur noch 1,3 Millionen Arbeitslose, in den Vereinigten Staaten — nach amtlicher Schätzung — zwischen 6 und 7 Millionen, obwohl die wirtschaftliche Produktion wieder voll in Schwung gekommen ist und die Dauer der Arbeitszeit dank dem sozialpolitischen Kurs des Präsidenten Roosevelt stark reduziert wurde. Auch in Deutschland haben die Wiederaufrüstung und alle drakonischen Massregeln des jetzigen Regimes nicht vermocht, die Arbeitslosigkeit auf einen Stand herabzudrücken, der früher als normal gegolten hätte. Es besteht fast überall ein Ueberschuss an Arbeitskräften.

Die grosse Mehrzahl der jetzt im Arbeitsalter stehenden Menschen stammt aus den Geburtsjahrgängen 1875 bis 1913, also aus einer Zeit, als das Bevölkerungswachstum in den Ländern europäischer Kultur am ausgiebigsten war. Die Menschen vermehrten sich damals so stark, nicht etwa weil die Geburtenzahlen anstiegen (sie waren in den meisten Ländern bereits im Sinken begriffen), sondern wegen der Verminderung der Sterblichkeit, die eine Folge der grossen Fortschritte der Krankheitsverhütung und Krankheitsbekämpfung und der Besserung der Lebensverhältnisse der Massen im Zeitalter des Aufstiegs der Arbeiterbewegung war. Der Lebensverlängerung und damit dem weiteren Sinken der Sterbeziffern sind aber Grenzen gesetzt, wogegen die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, dass die Geburtenziffern auf einen noch viel tieferen Stand als den gegenwärtigen herabgehen.

Die Bevölkerungswissenschaft hat schon längst erkannt, dass die Volksvermehrung in Europa nicht auf die Dauer in dem gleichen Tempo weitergehen kann wie in der letzten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Obschon in diesem Zeitabschnitt viele Millionen ausgewandert sind und ehemals fast menschenleere Länder von Europäern besiedelt wurden, hat die Einwohnerzahl Europas von 266 Millionen 1850 auf 401 Millionen 1900 und 525 Millionen 1935 zugenommen, sie hat sich mithin in 85 Jahren ungefähr verdoppelt. Einen ähnlich starken Bevölkerungszuwachs wird es aller Voraussicht nach so bald nicht wieder geben, obwohl die im fortpflanzungsfähigen Alter stehenden und die bald zur Fortpflanzung kommenden Jahrgänge noch gut besetzt sind. Aber die höheren Altersklassen werden wahrscheinlich

bald eine vermehrte Sterblichkeit aufweisen, die den Geburtenüberschuss herabdrückt. Ausserdem ist mit einem weiteren Sinken der Geburtenziffern zu rechnen. Schon jetzt ist der Ueberschuss der Geburten über die Sterbefälle, berechnet auf 1000 Einwohner im Jahr, in einigen Ländern Europas und in den Vereinigten Staaten von Amerika sehr gering; er beträgt weniger als 3 in Oesterreich, Frankreich und Schweden, 3—5 in England, Belgien, der Schweiz und Norwegen, und über 5 bis 8 in den meisten anderen Ländern Mittel- und Nordeuropas. Nur die Niederlande, sowie Süd- und Osteuropa, haben noch höhere Geburtenüberschüsse. In einigen Ländern ist der Geburtenüberschuss auf die Hälfte oder ein Drittel desjenigen der Jahre 1911—1913 reduziert.

Der Rückgang ist zu einem Teil veranlasst durch Aenderungen in der Altersgliederung der Bevölkerung, infolge der Verlängerung der Lebensdauer der Menschen; zum anderen Teil ist er in einer Abnahme des Kinderreichtums begründet.

Wenn die Bevölkerung in Altersklassen von je fünf Jahren eingeteilt und das Ergebnis graphisch dargestellt wird, so zeigt sich, dass das Bild des Altersaufbaues jetzt ein wesentlich anderes ist als in der Vorkriegszeit. Die schöne Pyramidenform ist verschwunden, die Basis ist schmaler geworden, weil die Kinder nicht mehr so zahlreich sind.

Der wichtigste Grund des Absinkens der Geburtenziffern ist nicht das Ueberleben einer grösseren Zahl von Menschen jenseits des Alters der Fortpflanzung, sondern die verminderte weibliche Fruchtbarkeit, die auf verschiedene Ursachen zurückgeht und teils gewollt, teils jedoch ungewollt ist. Ungewollt ist zum Beispiel die Unfruchtbarkeit infolge der Ausbreitung der Gonorrhoe, ebenso wie die Kinderlosigkeit erwerbstätiger lediger Frauen.

Die Verlangsamung der Bevölkerungsvermehrung hat weiten Kreisen Anlass zu Bedenken gegeben und die Stimmen derjenigen, die darin eine Gefahr sehen und Unheil prophezeien, mehren sich. Staatsmänner und Politiker, nicht nur in faschistischen Ländern, befürchten eine Beeinträchtigung der Wehrhaftigkeit ihrer Völker und verlangen deshalb die Eindämmung der Geburtenbeschränkung. Gewiss kann in unserer Zeit stündlicher Kriegsgefahr, des Rüstens aller gegen alle und der Missachtung internationaler Verträge (augenblicklich etwa des Kelloggpaktes) kein Volk auf Rüstung verzichten, wenn es nicht riskieren will, überrannt zu werden. Aber die Verminderung des für den Kriegsfall in Zukunft zur Verfügung stehenden «Menschenmaterials» betrifft nicht nur ein Volk, sondern alle Völker, wenn auch nicht in genau dem gleichen Masse. Wird ein Volk weniger Rekruten haben, so werden seine Nachbarn in ungefähr derselben Lage sein. Militärische Erwägungen können also nicht sehr ins Gewicht fallen.

Eine Verminderung des Bevölkerungsdrucks wird für die Gestaltung der Beziehungen der Völker zueinander viel mehr von

Vorteil als von Nachteil sein, denn der Bevölkerungsdruck führt zu Expansionsdrang und Vergrößerung der Kriegsgefahren. Japan, Italien und Deutschland sind einleuchtende Beispiele. Gewaltames Expansionsstreben kommt in unserer Zeit um so mehr zur Geltung, weil es so gut wie unmöglich geworden ist, durch Auswanderung den Bevölkerungsüberschuss zu vermindern.

In zwei Staaten, die sich gewiss nicht über Bevölkerungsmangel beklagen können, nämlich Deutschland und Italien, wurden praktische Versuche gemacht, die Zahl der Eheschliessungen zu vermehren und durch wirtschaftliche Begünstigungen Anreiz zur Aufzucht von mehr Kindern zu geben. Die Ergebnisse waren negativ. Weder Junggesellensteuern, noch Eheschliessungsdarlehen, noch Steuernachlässe für Väter zahlreicher Kinder haben den gewünschten Erfolg gebracht. Die in Frankreich und Belgien mit Lohnzulagen an Familienväter gemachten Erfahrungen waren nicht besser. Das ist nicht überraschend, denn die Kinderzahl ist eben nicht ein ausschliesslich wirtschaftliches Problem, sondern sie ist auch von Einflüssen psychologischer Natur und gesundheitlichen Erwägungen abhängig.

In Italien, Frankreich und Belgien wurde versucht, die absichtliche Geburtenbeschränkung durch gesetzgeberische Massnahmen zu unterdrücken oder doch einzuschränken, ohne dass ein positiver Erfolg erzielt worden wäre, was ebenfalls nicht verwunderlich ist.

In wirtschaftlicher Beziehung wird eine verminderte Volksvermehrung und erst recht ein Rückgang der Volkszahl, der nicht ausgeschlossen ist, zweifellos weitreichende Folgen haben, die im voraus kaum richtig zu erfassen sind. Auch die Beziehungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum werden davon mehr oder minder beeinflusst werden.

Die Möglichkeit besteht, dass durch die Verminderung des Nachwuchses ein Gleichgewicht zwischen dem Angebot von Arbeitskräften und der Fähigkeit der Wirtschaft, neue Kräfte aufzunehmen, hergestellt wird, so dass die kommende Generation nicht mehr mit Massenarbeitslosigkeit zu rechnen haben würde. Man soll sich jedoch in dieser Hinsicht keiner Täuschung hingeben. Der technische Fortschritt wird, wenn nicht alles trügt, auch in Zukunft bedeutend sein, der Ersatz menschlicher durch mechanische Kraft wird so bald nicht zum Stillstand kommen. In den Vereinigten Staaten von Amerika ist kürzlich von durchaus einwandfreier Seite festgestellt worden, dass infolge verbesserter Produktionsmethoden gegenwärtig nur 100 Personen nötig sind, um dieselben Güter zu erzeugen, deren Herstellung vor acht Jahren noch die Arbeit von 120 Personen beanspruchte. Die Ersparnis menschlicher Arbeitskraft durch Verkürzung der Arbeitszeit auszugleichen, wird nur innerhalb gewisser Grenzen möglich sein. Es ist auf keinen Fall anzunehmen, dass der verringerte Nachwuchs zu einem Mangel an Arbeitskräften führen wird.

Der Drang zur Fortpflanzung ist dem Menschen angeboren. Heute wird er durch Einflüsse verschiedener Art eingeschränkt. Er wird aber wieder stärker zur Geltung kommen können, wenn die Wirtschafts- und Sozialordnung so gestaltet wird, dass diese Hemmungen mindestens zu einem guten Teile wegfallen und das soziale Bewusstsein der Massen auf einen höheren Stand gebracht werden kann.

Arbeiterbewegung.

Die schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen.

Nachstehend geben wir eine Zusammenstellung über die Mitgliederzahl der Spitzenverbände der schweizerischen Arbeitnehmerorganisationen. Die Zahlen beziehen sich auf das Ende des betreffenden Jahres.

Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund sind angeschlossen:

	Zahl der Mitglieder		In Prozent 1936
	1935	1936	
Schweiz. Metall- und Uhrenarbeiterverband . .	63,756	61,855	28,3
Bau- und Holzarbeiterverband der Schweiz . .	42,352	42,011	19,2
Schweizerischer Eisenbahnverband	34,631	33,627	15,4
Verband der Handels-, Transport- und Lebens- mittelarbeiter der Schweiz	22,573	23,317	10,8
Schweiz. Verband des Personals öffentl. Dienste	20,004	20,010	9,2
Verband schweizerischer Post-, Telephon- und Telegraphenangestellter	8,534	8,454	3,9
Schweizerischer Textilfabrikarbeiterverband . .	7,872	7,705	3,5
Schweizerischer Typographenbund	7,154	7,178	3,3
Verband schweizerischer Postbeamter	3,774	3,765	1,7
Verband der Bekleidungs- und Ausrüstungsindu- striearbeiter der Schweiz	2,401	2,430	1,1
Verband schweizerischer Telegraphen- und Tele- phonbeamter	1,998	1,835	0,8
Schweizerischer Lithographenbund	1,643	1,653	0,8
Schweizerischer Buchbinderverband	1,617	1,631	0,7
Schweizerischer Textilheimarbeiterverband . .	1,511	1,490	0,7
Schweizerischer Stickereipersonalverband . . .	1,270	1,156	0,5
Schweizerischer Hutarbeiterverband	280	270	0,1
	<u>221,370</u>	<u>218,387</u>	<u>100,0</u>

Eine Kommentierung der Mitgliederbewegung des Gewerkschaftsbundes erübrigt sich hier, da sie schon im Juliheft der «Rundschau» erschienen ist. Der prozentuale Anteil der einzelnen Verbände ist sich ungefähr gleich geblieben. Der V. H. T. L. hat seinen prozentualen Bestand von 10,2 auf 10,8 Prozent erhöhen können, während der Anteil des S. M. U. V. und des S. E. V. etwas gesunken ist.

Der Föderativverband des Personals öffentlicher Verwaltungen und Betriebe besteht aus folgenden Verbänden, die mehrheitlich auch dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund angeschlossen sind; die Verbände, die dem Gewerkschaftsbund nicht angehören, zählen nur 7204 Mitglieder oder 9,5 Prozent der Gesamtmitgliederzahl des Föderativverbandes.